

Unter anderem in dieser Ausgabe:

NACHRUF: AUF UNSERE GENOSSIN ANNE DRAHEIM S. 3

MORIA & CO: UNTERLASSENE HILFELEISTUNG S. 4 & 5

POLEN: PROTESTE GEGEN ABTREIBUNGSVERBOT S. 8 & 9

SCHATTEN: ÜBER EINE VORGÄNGERPARTEI S. 10

Veranstaltungstipp

Online-Termine

Zahlreiche unserer Strukturen bieten Online-Veranstaltungen an: Bundes- & Landesverband, AGs und Ortsverbände sowie unsere Fraktionen.

siehe letzte Seite & auf unseren Websites

Mitteilungsblatt

Ausgabe 11/2020

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Corona macht deutlich, was viele Beschäftigte, Expert*innen und DIE LINKE schon vorher wussten: Deutschland hat einen gravierenden Pflegenotstand! siehe dazu auch Artikel von Christian Schäfer auf S. 11

Bilder: Titelseite: DIE LINKE

Sachsen lässt den ÖPNV im Stich!

Marco Böhme Die Corona-Krise trifft viele gesellschaftliche Bereiche hart. So auch die Verkehrsunternehmen im Freistaat. Die Fahrgastzahlen brachen im Frühjahr fast komplett ein, Infrastruktur- und Personalkosten stiegen aber. So wurden vor allem größere und teilweise mehr Fahrzeuge bereitgestellt, um die Mindestabstände halbwegs einhalten zu können. Hinzu kamen zusätzliche Hygienemaßnahmen.

Der Verband der deutschen Verkehrsunternehmen rechnet für dieses Jahr mit mehr als 120 Millionen Euro Fahrgeldausfällen und Kosten für ganz Sachsen. Der Bund hat dafür Milliardenhilfen an die Länder ausgegeben, damit die Verkehrsdienstleister über die Runden kommen. Doch der sächsische Finanzminister deckelte die Hilfen auf max. 70 %. Ein einmaliger Vorgang in der Bundesrepublik! Während andere Bundesländer noch zusätzlich eigenes Landesgeld in die Hand nehmen, um den ÖPNV am Laufen zu halten, verhungern die Zweckverbände am langen Arm des Finanzministeriums. Sollte dieser Zustand so bleiben, sieht es um die Zukunft des Nahverkehrssystems in Sachsen sehr schlecht aus. Dabei gibt es in diesem Bereich einen erheblichen Investitionsbedarf, auch um der Klimakrise zu begegnen. Allein in Leipzig gibt es einen Investitionsstau von über 100 Millionen Euro, um die Infrastruktur auch in Zukunft am Laufen zu halten.

Der Freistaat fördert zwar viele Großprojekte, verlangt aber natürlich auch Eigenmittel der

örtlichen Unternehmen. Fehlen diese Eigenmittel, kann kein weiteres Geld abgerufen und nicht gebaut werden. Die Einnahmeverluste durch die Coronakrise haben also für die Zukunft erhebliche Auswirkungen. Da werden gleich mal 12 Millionen Einnahmeausfälle in einer Stadt wie Leipzig zu einem fehlenden Investitionsvolumen von über 70 Millionen (weil die sächsischen Fördergelder dann nicht fließen). Ein Schelm wer dabei böses denkt. Der Freistaat reicht also nicht nur die vom Bund bereitgestellten Corona-Nothilfen nicht komplett aus, sondern spart sich dadurch in den nächsten Jahren entsprechende Fördergelder für den Ausbau und Erhalt des ÖPNV. Und was ist mit den anderen Projekten des Verkehrsministers?

Stichwort Bildungsticket (sollte diesen Sommer kommen), Erhalt des Azubiticket, der PlusBus-Ausbau, Barrierefreiheit, Streckenreaktivierung usw.? Das alles steht derzeit zur Disposition. Die SPD versagt hier bei den innerkoalitionären Verhandlungen. Und die Grünen tragen den Sparkurs mit.

Wir werden das nicht hinnehmen und im Land weiter Druck machen, damit ein attraktiver und klimafreundlicher Nahverkehr nicht auf der Strecke bleibt. Eine öffentliche Generalanhörung von Expert*innen auf Antrag unserer Fraktion wird dazu am 12.01.21 im sächs. Landtag stattfinden.

Den Antrag und weitere Informationen findet ihr unter marco.linXXnet.de



Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Auf Grund der Corona-Pandemie können die Sprechstunden auch telefonisch und/oder online stattfinden. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der jeweiligen Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Di. 1. Dezember 2020, 16:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15: Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 3. Dezember 2020, 17:00 Uhr, Bürgerverein Leutsch, Georg-Schwarz-Straße 122: Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Kūlow
- Mo. 14. Dezember 2020, 16:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18: Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel.Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18, Sozialberatung mit der Leipziger Erwerbsloseninitiative
Tel.Nr.: (0341) 231 84 40
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung
Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
9. Dezember 2020, 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
16. Dezember 2020, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

DIE LINKE. Leipzig in der zweiten Corona-Welle

Adam Bednarsky Lange war die Stadt Leipzig noch die grüne Insel im roten Sachsen, jetzt ist auch Leipzig rot. Leider bezieht sich dieser Befund auf die aktuellen Corona-Zahlen, welche mittlerweile auch bei uns in die Höhe gehen. Und leider sind auch wir als Partei in unserer Arbeit direkt davon betroffen. Trotz aller Bemühungen im Vorfeld konnten wir die Wahlversammlungen am 7. November nicht durchführen. Bewusst hatten wir diese auf den ersten möglichen Termin gesetzt, aber am Ende fehlte uns eine Woche. Nach der aktuellen gesetzlichen Lage wäre die Durchführung juristisch betrachtet legitim gewesen. Aber nur weil es juristisch möglich wäre, ist es im Hinblick auf die Gesundheit unserer Mitglieder und die Außenwirkung nicht gleich richtig. Der Stadtvorstand hat in einem kurzfristig durchgeführten Umlaufverfahren einstimmig die Absage der Kreiswahlversammlungen beschlossen. Wann und wie wir diese Versammlungen jetzt durchführen, muss mit Blick auf die Entwicklung der zweiten Corona-Welle betrachtet werden. Das ist derzeit völlig offen. Sollten die Zahlen bis Anfang 2021 wieder größere Veranstaltungen in geschlossenen

Räumen möglich machen, werden wir schnellstmöglich reagieren. Selbstverständlich befinden wir uns bei dieser Thematik in enger Abstimmung mit dem Landesverband und wir werden euch über neue Sachlagen sofort informieren. Im Gegensatz zur ersten Corona-Welle haben wir mittlerweile schon ein wenig Erfahrung im Umgang mit kontaktarmer Parteiarbeit. Diese wollen wir jetzt anwenden. Alle Parteiaktivitäten – insbesondere die Gremienarbeit – sollten nun wieder online durchgeführt werden. Aber auch ganz praktisch haben wir viel vor. So werden Mitte November von der Bundespartei 50.000 Zeitungen mit dem Schwerpunkt „Wer zahlt für die Corona-Krise?“ angeliefert, die wir gemeinsam stadtweit in die Briefkästen stecken. Die mittlerweile schon fast traditionelle „Weihnachtsmannverteilung“ wird in diesem Jahr Coronabedingt leider entfallen. Gehen wir wieder mit gutem Beispiel voran und lassen uns von dem Virus nicht verrückt machen. Halten wir den Kopf oben, unterstützen wir uns gegenseitig und tragen unseren Teil dazu bei, die Infektionszahlen zu drosseln. Bleibt gesund und solidarisch, Adam

Aktiv trotz Lockdown

Sören Pellmann Das „neue Normal“ hat uns durch den Sommer begleitet, aber es währte nur kurz. Mit den steigenden Infektionszahlen, die Ende Oktober Leipzig erreichten, müssen zumindest bis Ende November auch meine beiden Wahlkreisbüros in Grünau sowie im Zentrum Süd erneut ihre Türen schließen. Erreichbar bin ich sowie meine Mitarbeiter*innen in dieser Zeit selbstverständlich trotzdem (siehe untenstehender Kasten).

Die Einschränkung sozialer Kontakte bedeutet leider auch, dass Informationsstände derzeit nicht möglich sind. Während die November-Termine der Infotour darum leider ersatzlos gestrichen werden mussten, kann meine Sprechstunde am 16. November, ab 16 Uhr virtuell via Facebook (<https://www.facebook.com/MdBSoerenPellmann/>) stattfinden. In den Wochen des ersten Lockdowns im Frühjahr, habe ich die Bürgersprechstunden regelmäßig digital ermöglicht. Das wurde sehr gut angenommen. So lange es die Corona-Situation erforderlich macht, werde ich erneut auf die verschiedenen Online-Formate zurückgreifen.

Neben den Sprechstunden waren das vor allem live übertragene Gespräche mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft. Das nächste dieser Art soll ebenfalls am Montag, den 16. November im Anschluss an die

Bürgersprechstunde stattfinden. Dazu habe ich mir die Geschäftsführerin des Leipziger Theaters LOFFT, Anne-Cathrin Lessel eingeladen, um mich mit ihr über die schwierige Situation der Kulturschaffenden auszutauschen. Dabei könnt ihr euch gern einbringen und mitdiskutieren oder Fragen stellen.

Selbst wenn meine Aktivitäten derzeit wieder vermehrt digital stattfinden müssen – auch die parlamentarische Arbeit wurde zu großen Teilen ins Netz verschoben – sitze ich natürlich nicht den ganzen Tag im Homeoffice. Insgesamt 55.000 Postkarten wollen in den kommenden Wochen von mir und meinem Team im Stadtgebiet verteilt werden. Auf diese Weise möchte ich die Leipzigerinnen und Leipziger über unsere Positionen zu den Themen „Gesundheit und Pflege“ sowie „Mieterschutz und Wohnungspolitik“ informieren. Die Begegnungen während meiner Herbsttour im Oktober (siehe auch Beitrag S.???) haben mir deutlich gezeigt, dass dies zwei der drängendsten Probleme in unserer Stadt sind und die Bürger*innen Gesprächsbedarf haben.

① Erreichbarkeit Wahlkreisbüros
siehe Rückseite

Urgesteine

Volker Külow Der Begriff Urgestein wirkt gewiss nicht immer charmant, ist aber im Falle von Steffi Deutschmann und Elke Gadytz in jeder Hinsicht zutreffend. 30 Jahre haben die beiden Genossinnen die Leipziger LINKE und ihre Vorgängerorganisationen in einem Umfang geprägt, wie nur wenige andere. Drei Jahrzehnte standen Steffi als Leiterin der Geschäftsstelle und Elke als Finanzverantwortliche und Schatzmeisterin im Maschinenraum und haben alle Höhen und Tiefen des Stadtverbandes miterlebt. Beiden war es jeweils egal, wer unter ihnen als Stadtvorsitzender „diente“, ob Thomas Bonesky, Klaus Hesse, Dietmar Pellmann, der Autor dieser Zeilen oder ab 2016 Adam Bednarsky.

Und wer kann sich noch wie sie an unsere schweren Anfänge in der Rosa-Luxemburg-Straße erinnern und an den späteren Umzug in die Brandvorwerkstraße? Auch die erste Zeit im Liebknecht-Haus ab 1998 - das noch voll im Sanierungsmodus war - hielt zahlreiche Prüfungen für die beiden bereit. Elke und Steffi behielten aber (fast) immer die Nerven und meisterten die vielfältigen Herausfor-

derungen. Steffi war vor allem am Telefon unnachahmlich und entfaltete hier ihr Organisationstalent. Wenn sie „geht klar“ sagte, dann ging eine Sache auch wirklich klar. Das passierte gefühlt 10 Mal in der Minute und damit über eine Million Mal in 30 Jahren. Nur höchst selten - lediglich für das geübte Ohr leise vernehmbar - schwang ein leichtes Zögern mit; dann wollte sie nicht wirklich und mit viel Fingerspitzengefühl lenkte sie das Anliegen ins Leere. Elkes Standardsatz lautete wiederum „Wir haben kein Geld!“ Dank dieser vermeintlichen Hartherzigkeit stand und steht der Stadtverband wirtschaftlich auf gesunden Füßen und war Ende der 1990er Jahre sogar in der Lage, Kauf und Rekonstruktion des Liebknecht-Hauses zu meistern. Das Verdienst für dieses Husarenstück kommt maßgeblich Elke zu.

Beiden ist für ihre engagierte Parteiarbeit seit 1990 von ganzem Herzen zu danken. Ohne Elke und Steffi stünden wir heute nicht dort, wo wir stehen - nämlich vorn. Die Verabschiedung der beiden am 4. September im Liebknecht-Haus verlief daher sehr emotional, leider war Elke aus famili-

ären Gründen kurzfristig verhindert. Viele langjährige WeggefährtInnen lieben es sich nicht nehmen, persönlich Dank zu sagen für drei Jahrzehnte unermüdlichen Einsatz an verantwortlicher Stelle im Leipziger Stadtverband. Neben launigen Redebeiträgen von Sören Pellmann und Adam Bedarsky war auch ein Überraschungsgast aus Dresden angereist: unser Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt. Als ehemaliger Landesgeschäftsführer ergriff er das Wort und wusste manch lustige Anekdote aus der früheren Zusammenarbeit mit beiden Genossinnen mitzuteilen. Nach der offiziellen Verabschiedung riss die persönliche Gratulationsschar nicht mehr ab und mit dem Anschneiden der Abschiedstorte füllte sich der Geschenketisch in Minutenschnelle.

Wir wünschen Elke und Steffi für ihr verdientes Rentnerdasein vor allem Gesundheit sowie mehr Zeit für Familie und Freunde. Zum Glück sind die beiden nicht ganz aus der Welt, denn gewiss haben ihre Nachfolger im Amt in den nächsten Wochen und Monaten noch einige Fragen an sie.

siehe auch Bild auf S. 11



Bilder: Jenny Leschke



Anne Draheim hat die Arbeit der Linksfraktion über Jahre mitgeprägt

Margitta Hollick, Siegfried Schlegel Neben zahlreichen Familienmitgliedern haben auch Genossinnen und Genossen des Stadtbezirksverbandes Nordost sowie ehemalige Mitstreiter*innen aus der Stadtratsfraktion DIE LINKE am 9. Oktober auf dem Friedhof Schönefeld Abschied von Anne Draheim genommen. Margitta Hollick, Dr. Christina Mertha, Ines Gläsel, William Grosser und Siegfried Schlegel sprachen persönlich ihrem Ehemann Hans-Georg, ihren Kindern und Enkeln ihre Anteilnahme aus. So wie ihre ganze Familie haben auch wir Anne als herzenguten Menschen gegenüber jedermann und als überaus fleißige sowie engagierte Fraktionskollegin kennen und schätzen gelernt. Ohne das große Ganze aus den Augen zu verlieren, hat sie sich oft bis ins Detail für vielfältige und persönliche Belange aller ihrer Mitmenschen eingesetzt und ihre Genoss*innen in der Fraktion aufgerufen, es ihr gleich zu tun. Als Einzelhändlerin wusste sie direkt um die Nöte und Interessen der kleinen Einzelhändler und setzte sie sich mit Initiativen im Stadtrat für die Belange der Händler und Gewerbetreibenden ein, wie bei der komplexen Erneuerung der Eisenbahnstraße. Im Rahmen von Stadtteilstellen sollten

einmal Jährlich in den Stadtteilen auch die kleinen Läden geöffnet haben. Durch Einrichtung von Tempo 30-Zonen sollten Einkaufsstrassen attraktiv bleiben und die Straßenausbeiträge sollten schon in den 2000-er Jahren abgeschafft werden. Dafür hat sie gestritten. Statt vollständigem Abriss und Neubebauung mit Eigenheimen setzte sie sich für eine behutsame Sanierung von Wohngebäuden in der Erlasiedlung in Thekla - ehemals für Arbeiter erbaut - durch die LWB ein. Heute gibt es dort zahlreiche kleine Wohnungen mit bezahlbaren Mieten neben Eigenheimneubauten. Nach dem sie nicht mehr für den Stadtrat kandidiert hatte, verloren wir uns dennoch nicht aus den Augen, weil sie sich nunmehr verstärkt für die Parteiarbeit in ihrem Stadtbezirk Nordost einsetzte. Und so trafen wir uns regelmäßig bei verschiedenen Veranstaltungen unserer Partei wieder.

In bewegenden Worten dankte ihre Enkelin namens der Angehörigen ihre für ihren Einsatz für die ganze Familie und würdigte zugleich auch ihr gesellschaftliches Engagement. Deshalb werden wir unsere Anne immer in dankbarer Erinnerung behalten.

Wer jetzt nicht handelt, macht sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig!

Jule Nagel Über die EU-Elendslager auf den griechischen Inseln

Am 9. September brannte das Elendslager Moria auf den griechischen Insel Lesbos ab. Wir haben dies auch in Sachsen zum Anlass genommen, die dramatische Situation der über 25.000 in den EU-Hotspots – eher als Freiluftgefängnisse zu bezeichnen – auf den griechischen Inseln eingesperrten Menschen zu thematisieren und die Verantwortung, die auch wir für eine Beendigung der dortigen menschenunwürdigen Zustände haben, herauszustellen

Schon im April beantragten wir im Landtag im Angesicht der Corona-Pandemie und dem Risiko der Ausbreitung des Virus im überbelegten Lager Moria auf der Insel Lesbos, dass Sachsen es den Bundesländern Berlin und Thüringen gleich tut und ein Landesaufnahmeprogramm für 500 Geflüchtete auflegt und dafür das Einvernehmen des Bundes einholt. Die Flüchtlingsaufnahme ist laut Aufenthaltsgesetz Bundessache, die Länder müssen demnach, wenn sie selbst humanitär handeln wollen, das Einvernehmen des Bundesinnenministeriums einholen. Laut zwei recht aktuellen Rechtsgutachten entspräche es der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung, dass die Aufnahme von Flüchtenden aus den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln von der Bundesregierung nicht verweigert werden darf. Der Ermessensspielraum des Bundesinnenministeriums zur Ablehnung des Einvernehmens mit einem Landesaufnahmeprogramm sei sowohl inhaltlich, als auch verfahrenstechnisch begrenzt. Wir haben uns diese progressive Rechtsauffassung zu eigen gemacht, auch wenn der Bundesminister die Initiativen der Länder abgelehnt hat. Berlin, Thüringen und auch Bremen haben mittlerweile Klagen gegen Seehofers Entscheidung angekündigt. Etwa 200 Kommunen sind bereit zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer und Griechenland, und auch Bundesländer senden klare Signale. Unser Ansinnen war und ist, dass Sachsen sich hier einreihet und den Druck auf Seehofer und Merkel erhöht. Denn wenn ein Land wie Sachsen sich in dieser zutiefst menschenrechtlichen Frage auf die Hinterbeine stellen würde, könnte das mehr Effekt haben, als wenn dies rot-rot-grün-regierte Länder tun.

Die Bilder aus Lesbos müssen uns antreiben: Menschen leben auch im neuen Lager Kara Tepe („Moria 2.0“) zu Tausenden in Behelfszelten, die nicht vor Regen, Sturm und Kälte schützen. Insbesondere besonders schutzbedürftige Personen wie Frauen,

Kinder, Beeinträchtigte müssen leiden unter den rauen Bedingungen, die in einer solchen Lebenssituation unweigerlich aufkommen, die Nahrungs- und Gesundheitsversorgung sind eine Katastrophe. Auch auf den Inseln Samos, Chios, Kos und Leros befinden sich

kleinere Hotspots, allesamt überfüllt. Für uns ist klar: Alle Menschen müssen aus Lesbos und von den anderen Inseln evakuiert, in Europa verteilt und das menschenfeindliche System der von der EU verantworteten Hotspots abgeschafft werden.



Bild: THE LEFT - CC BY-NC-SA 2.0.jpg

Die Situation in den EU-Elendslagern in Griechenland ist nicht neu, durch Corona und die Brände lediglich verschärft. All das ist Resultat einer gescheiterten europäischen Asylpolitik, sie ist Resultat der falschen Entscheidung, Menschen in Freiluftgefängnis-

sen festzuhalten, sie ist Resultat des fatalen EU-Türkei-Deals. Auf dessen Basis werden viele Geflüchtete, die in Griechenland anlanden, wieder in die Türkei zurückgeschoben. Bis dahin werden sie Prüfverfahren unterzogen, die sich monate-, ja jahrelang hinzie-

hen. Die humanitäre Katastrophe mitten in Europa währt bereits über drei Jahre. Und wir müssen uns alle fragen, wie wir das haben dulden können. Denn auch wir tragen Verantwortung, als Bundesrepublik, als Land Sachsen und als Kommunen.

Der Antrag unserer Fraktion #LeaveNoOneBehind: Jetzt erst recht - Geflüchtete aus Flüchtlingslagern in Griechenland in Sachsen aufnehmen! wurde wenigen Tage nach dem Brand in Moria am 14. September 2020 im Sozialausschuss des Sächsischen Landtages abgelehnt - durch eine Mehrheit der Regierungskoalition (CDU, Grüne, SPD) und die AfD.

Das Abstimmungsergebnis löste eine Welle der Empörung in der Zivilgesellschaft und auch Mitgliedschaft vor allem der Grünen aus.

Trotz im Zuge dieser Debatte gemachter Versprechungen von SPD und Grünen weiter Druck auf ihren Koalitionspartner CDU zu machen, hat sich Sachsen bis dato lediglich bereit erklärt, 145 Geflüchtete aufzunehmen: 70 laut Zusage der Koalition aus dem Juni - als sich auch der Bund aufgrund massiven Drucks aus der Zivilgesellschaft zur Aufnahme zunächst unbegleiteter Minderjähriger Geflüchteter bereit erklärte - und weitere 75 bereits als Flüchtlinge Anerkannte. Damit nimmt Sachsen so viele Geflüchtete aus Griechenland auf, wie nach Königsteiner Schlüssel von den insgesamt 2750 Personen, für die die Bundesrepublik inzwischen eine Aufnahmezusage gemacht hat, sowieso hierher verteilt worden wären.

„Refugee lives don't matter: Das ist das heimliche Motto der Flüchtlingslager in der Ägäis. Man überließ die Flüchtlinge dem Dreck, dem Virus, dem offenen Meer - zur Abschreckung.“ schreibt Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung. Der Heribert Prantl, den die sächsische Sozialministerin Köpping kürzlich in einen Wissenschaftlichen Beirat für gesellschaftlichen Zusammenhalt berufen hat. „Handeln wir so, wie wir behandelt werden wollten, wenn wir Flüchtlinge wären. Wir würden nicht wollen, dass wir mit der Aussicht auf angebliche europäische Lösungen abgespeist werden.“, fährt er fort. Dem ist nichts hinzuzufügen. Die Devise lautet: Evakuierung, jetzt sofort!

Für Informationen von vor Ort:

- Twitter: @DunyaCollective
- Telegram: <https://t.me/dunyacollective>





Zauberbergstation

Daniel Merbitz „Winterreise/Winterreise“ im Schauspiel Leipzig

Die Sehnsucht nach Normalität geisterte durch die Saisonöffnung des Leipziger Schauspielhauses. Jetzt der neue „Lockdown“, die „leichte“ Variante, die eine schwere Prüfung auch für die Kultureinrichtungen ist. Trotz Belüftung (Keine Klimaanlage, echte frische Luft!), trotz Hygienekonzepte, trotz Abstand – das Theater musste wieder schließen. Das Spielzeitmotto „Gefühlte Wirklichkeiten“, noch weit vor der Pandemie entstanden, wirkt wie eine düstere Prophezeiung für eine Realität, die einem schlechten Science-Fiktion-Film entsprungen zu sein scheint, beinahe surreal und doch so traurig ernst und wahr ist. Die größeren Tragödien spielen nicht mehr im Theater. Eine schlimme Krankheit. Eine Welt der Exekutive. Soziale und kulturelle Verwerfungen, die schon als Menetekel leuchten. Und gerade diese Zeiten sind Zeiten des Theaters. Wir müssen wieder zu uns finden und uns aushalten können. Einen großartigen Beitrag dazu hat das Schauspiel Leipzig geleistet. Es hat die frische und aktuell wieder unterbrochene Saison mit einem Doppelstück eröffnet: „Winterreise/Winterreise“. Hier werden Wilhelm Müller, Franz Schubert und Elfriede Jelinek miteinander verwoben. Intendant und Regisseur Enrico Lübke hat sich als Experte für die Aufführungen von Elfriede Jelinek-Stücken etabliert. Nach „Rechnitz. Der Würgeengel“, „Die Schutzflehenden/Die Schutzbefohlenen“ und „Wolken.Heim“ bringt er und sein bewährtes Regieteam um Etienne Pluss (Bühne) und Torsten Buß (Dramaturgie) wieder einen anspruchsvollen Text der Literaturnobelpreisträgerin (2004) in Leipzig auf die Bühne. Die 2011 erschienene Jelinek'sche „Winterreise“ zitiert und montiert Müllers und Schuberts „Winterreise“ und arbeitet sich daran ab. Franz Schubert vertonte 1827 den 1824 von Wilhelm Müller geschaffenen Gedichtzyklus „Winter-

reise“. Das große Thema ist die Einsamkeit. Schneegestöber, Alpenidylle. Bergstation einer Seilbahn. Münzfernsprecher. Ruhe und Sehnsuchtsort der gestressten Zeitgenossen. Einsame Herzen. Verlassene Seelen, die sich hier oben versammeln. Fernab vom nahenden Gedonner der Zivilisation. Es dauert nicht lange, bis die eindringlichen Szenen den berühmten „Zauberberg“ von Thomas Mann evozieren. „Ich stecke bis zum Hals in meinem Scheitern“. Ruhige und kluge Sätze. Ein Totentanz als Anti-Walpurgisnacht zeigt, dass wir uns schon jenseits der fleischgewordenen Träume bewegen. Ein seltenes Klingeln des Münztelefons, ein letzter Gruß vom Tale. Eine Erinnerung: Lieber vom Fahrkartengel Süßigkeiten kaufen als Straßenbahn fahren. Jetzt sind wir weiter. Auf- und abgeklärter. Haben die süßen Träume begraben. Das Bonbon war in fernen alten Tagen. Jetzt gibt es das Schneegestöber. Verkopfte, entseelte Einzelgänger schlafwandeln auf der Gipfelstation. Parship und Tinder sind die Symptome. Mit viel Luis-Trenker-Film-Zutaten wird hier die neue Einsamkeit ausstaffiert und ausgestellt. Bitternis in schönen Bildern. Die kurze Après-Ski-Party von der nahe Alm weckt die Einsamen nicht mehr, sie sind schon zu weit weg von der lauten Freude. „Am Brunnen vor dem Tore“ gegen „Hurra die Gams“. Ein längst verllorener Kulturkampf, den die Einsamen auf ihrer Bergstation noch führen. Traurige Gestalten und doch so weise, wenn mittels Tönen die Zeit physikalisch und technisch zerlegt wird. Denn Zeit kann lang werden, wenn man warten muss, auf eine Brief, auf ein Klingeln. Die Sehnsucht der neuen Einsamen nach der ewigen Kindheit. Romantische Liebe gegen Cyber-Liebe. Gut wird die Selbst- und Fremdtäuschung neuer Liebeswege mit 3-D-Brillen und Kommerzialisierung offengelegt. Diese neue digitalisierte

Gesellschaft hinterlässt ihre Deformationen. Eine Leistungsgesellschaft am Abgrund. Und nie kommt die Seilbahn vom Tal hinauf, ein Warten auf Godot. Die Bergstation als Sanatorium. Der Welt entrückt. Elfriede Jelinek ist wohlthuend unverändert kämpferisch und antikapitalistisch. Sie ist trotz ihrer 74 Lebensjahre immer noch die letzte Hoffnung, der sonst sehr traurigen und blutleeren zeitgenössischen Dramatik, die oft platt und selbstreferenziell daherkommt und zum Gähnen eintönig und vorhersehbar ist. Das Ensemble zeigt eine enorme Spiellust. Hervorzuheben: Ellen Hellwig, die mit ihren starken Monologen („Sie führen mich dem Ende zu“), mit ihrer Anklage gegen das Abschieben ins Pflegeheim, ihrer sanften Klage über die nahe Demenz, uns fesselt und zum Weinen bringt. Lächelnd, wortgewaltig, düster. Das letzte Aufbäumen vor dem Versinken ins Vergessen. Die Demenz als stille Hölle. Das Bühnenbild von Etienne Pluss samt Seilbahnstützpfeiler, Kunstschnee und Berghotelcharme ist gelungen. Bemerkenswert schlüssig und illustrierend: Die Videos von Kai Schadeberg. Für den stimmigen musikalischen Wohlklang zeichnet Jürg Kienberger verantwortlich.

Enrico Lübke hat einen eindrucksvollen Theaterabend komponiert, mit Stille, mit Anmut, mit Freiräumen. Und gut, dass er allen potentiellen Versuchungen widerstanden hat, ein Corona-Stück zu zeigen oder es mit Corona-Fragen zu spicken. Ein starker Intendant, der sich nicht den Zeitläufen anbiedert und der Kraft des guten alten Theaters vertraut. Und dem Publikum. Wenn die Theater wieder öffnen dürfen, sollte der erste Weg zum Kartenschalter führen, um sich Plätze für die „Winterreise/Winterreise“ zu sichern. Das Leipziger Publikum ist treu. Es steht zu seinem wunderbaren Stadttheater. Wir sehen uns in der Zauberbergstation.



Mythen, Natur und Schmerzen

Lavinia Hudson Literaturnobelpreis für Louise Glück

Die Lyrikerin Louise Glück gehörte zumindest in Deutschland nicht zu den Favoriten für den Literaturnobelpreis. In den USA ist sie bekannt, bei uns leider bislang noch nicht. Wer ist Louise Glück und was zeichnet ihre Literatur aus? Die Lyrikerin, 1943 in New York geboren, ist die Tochter eines Unternehmers und einer Hausfrau. Nach der Beendigung ihrer Schulzeit besuchte sie das Sarah Lawrence College und die Columbia University in New York. Später lehrte Louise Glück an verschiedenen Universitäten, seit 2004 an der US-amerikanischen Elite-Universität Yale. Seit 1968 hat sie mehr als ein Dutzend Gedichtbände veröffentlicht, die Liste ihrer Auszeichnungen und Ehrungen ist beinahe endlos. Auch der legendäre Pulitzer-Preis (1993) ist darunter. Jetzt kommt noch die höchste Ehrung, der Nobelpreis für Literatur (2020), hinzu. Zu ihrer Reaktion, als sie Anfang Oktober, kurz vor sieben Uhr früh einen Anruf aus Stockholm erhielt, sagte sie gegenüber der New York Times: „Ich glaube, ich war unvorbereitet.“ Die Liste der Themen, die Louise Glück in ihren Gedichten verhandelt, ist lang: Selbstentfremdung, Verlust, antike Mythen, Naturerlebnisse, Enttäuschung, Abschied und Heimkehr, aber auch das Ewige namens Liebe. In klarer und schnörkelloser Sprache geschrieben, schmerzhaft, zuweilen bitter aufgeladen. Dies sind die Stärken. Die Einfachheit ihrer Sprache wird immer wieder hervorgehoben, so zu dichten, dass viele Menschen sie verstehen. Hier ein kleines Beispiel. „Sunrise. A film of moisture/ on each living thing. Pools of cold light/ formed in the gutters“, heißt es im Gedicht „OCTOBER“ („Averno“, Luchterhand, München 2007, Seite 22). Der Übersetzerin ins Deutsche, Ulrike Draesner, gelingt es, die Reinheit und Magie von Louise Glücks Zeilen zu bewahren: „Sonnenaufgang. Ein Hauch Feuchtigkeit/ auf allem, was lebt. Pfützen kalten Lichts/ bildeten sich in den Gossen“. Wer Lust hat, sich den Gedichten von Louise Glück zu widmen, sollte sich die Gedichtbände aus dem Luchterhand Verlag kaufen, am besten bei der Buchhandlung des Vertrauens. „Averno“ und „Wilde Iris“, viele Jahre vergriffen, sind wieder ab Mitte November lieferbar. Eine traumhaft schöne lyrische Welt, die uns Louise Glück schenkt.

„Das gut Geschriebene kann man nicht erklären, es ist, wie es ist: unersetzlich“

Erwin Lewin Siegfried Prokop, anerkannter Berliner Zeithistoriker, legt anlässlich seines 80. Geburtstages seine Erinnerungen vor. Es ist ein lesenswertes und in mehrfacher Hinsicht ein bedeutsames und notwendiges Buch. Im ersten Teil des Bandes schildert er das Leben im Osten Deutschlands, wohin die Familie 1946 nach der Aussiedlung aus der Tschechoslowakei gelangte, und zeichnet dabei seine eigene Biografie über die Stationen: Grundschule und Oberschule in Mecklenburg, Studienjahre und Forschungsprofilierung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er reflektiert die Realität der sozialistischen Entwicklung in der DDR als Student wie als Hochschullehrer und Forscher durchaus kritisch. Prokop verschweigt nicht, dass Probleme bei der Bestimmung und Profilierung des Gegenstandes Zeitgeschichte und im Verständnis der Sozialgeschichte in der DDR, namentlich nach dem Erscheinen des Abrisses der Geschichte der SED 1978 auftraten – verbunden mit einem Entzug der Benutzungserlaubnis für ihn durch zwei zentrale Archive. Insgesamt zeigte er sich, wie er in den „Tagesnotizen“ vermerkt, „ganz zufrieden mit mir, der Familie, der DDR“ (S. 238).

Der Rezensent, 1945 mit den Eltern aus Polen ausgesiedelt, der einen ähnlichen Entwicklungsweg in der DDR genommen hat, bekennt, dass er während der Lektüre wiederholt bei Aha-Erlebnissen schmunzelte, etwa darüber, dass es gar nicht so einfach war, den obligatorischen Verpflichtungen, die in der FDJ-Gruppe übernommen wurden, immer gerecht zu werden. Das betraf auch die Anforderungen, die in den Ernteeinsätzen zu erfüllen waren – vor allem jedoch die Aufgabe, im Frühjahr 1960 im „sozialistischen Frühling“ „standhaft“ politisch-moralische Unterstützung beim genossenschaftlichen Zusammenschluss der Bauern zu leisten.

Der im In- und Ausland geachtete Wissenschaftler verlor nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik seinen Arbeitsplatz an der Humboldt-Universität, wenngleich seine Klage gegen die Entlassung vor Arbeitsgerichten zweimal zu seinen Gunsten entschieden wurde. Nur weil der Bundestag das Sonderkündigungsrecht im „Beitrittsgebiet“ unter Bruch des Einigungsvertrages von zwei auf drei Jahre verlängerte konnte er juristisch nicht weiter für sein Recht streiten und wurde wegen angeblich fehlender persönlicher Eignung und mangelnder Qualifikation entlassen. Die Einladungen nach Paris an die Universität VIII sowie nach Moskau oder Montreal, wo er als Gastprofessor wirkte, sprechen in diesem Kontext für sich.

Siegfried Prokop gab nicht auf, sondern nahm die neue Herausforderung, wie von ihm gewohnt, an. Im größeren zweiten Teil des Buches setzt er sich intensiv und streitbar mit seiner „Abwicklung“ auseinander. Er macht deutlich, was die wohlklingende Aussage, dass am Ende des Kalten Krieges eine neue Epoche begann, in Wirklichkeit bedeutete: Anschluss und Delegitimierung des Staates DDR, Ausverkauf seiner Wirtschaft, politische Säuberung der Universitäten und Hochschulen sowie Verdrängung lästiger Konkurrenten aus den wissenschaftlichen Einrichtungen. Der erfahrene und leistungsbereite Hochschullehrer engagierte sich bei der Schaffung der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde, wirkte aktiv in der von Wolfgang Harich geführten Alternativen Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte als dessen Stellvertreter und Nachfolger Harichs. Ebenso trug er in verantwortlicher Position im Ostdeutschen Kuratorium der Verbände dazu bei, in der schweren Zeit als die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 und dem Hartz IV-Gesetz neoliberalen Ungeist verstärkte, die Interessen, Rechte und die Würde der Ostdeutschen über den Wissenschafts- und Kulturbereich hinaus zu verteidigen. Es ist mit sein Verdienst, dass dieses Grundanliegen für die Verbände prägend blieb.

Besonderer Stellenwert kommt den „Tagesnotizen von 1983 bis 2003“ zu. Die Aufzeichnungen, die 469 von den insgesamt 619 Seiten des Bandes umfassen, enthalten keineswegs nur Beobachtungen des Alltags, sondern widerspiegeln die umfangreichen wissenschaftlichen wie praktischpolitischen Aktivitäten Prokops, die vielfältige Publikationstätigkeit, Vorträge auf Konferenzen, Lesungen und Interviews im In- und Ausland. Die Tagesnotizen sind eine vorbehaltlos offene Chronik eines wichtigen Abschnittes der Nachwendezeit und erhalten ihr Gewicht nicht nur wegen des hohen Informationswertes, sondern erweisen sich geradezu als fruchtbare und wirksame Zeitdokumente.

Der positive Gesamteindruck wird leider etwas dadurch getrübt, dass bei der Prüfung des Manuskripts nicht wenige Druckfehler (S. 10, 14/15, 19, 23, 28 und weitere) übersehen wurden und gelegentlich Fußnoten (FN 26, 27) nicht richtig zugeordnet sind.

① Siegfried Prokop: Betrogen von der „Wende“. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tagesnotizen von 1983 bis 2003. Berlin, Verlag am Park 2020, 618 S.





Kleine Bilder: Eindrücke von der Solidaritätskundgebung in Leipzig. Links steht: "PiS [poln. Regierungspartei, Red.], hau ab" und rechts "There is a lot of us and we will fuck up your patriarchy!" ("Es gibt viele von uns und wir werden euer Patriarchat zerstören").

PRO ABO – Proteste gegen das Abtreibungsverbot in Polen

von **Paweł Matusz**

Am 22. Oktober entschied das polnische Verfassungsgericht Abtreibungen zu verbieten, wenn der Fötus schwere Fehlbildungen aufweist. Bisher wurden in Polen jährlich etwa 1100 Abtreibungen legal durchgeführt, und über Tausend davon wegen zu erwartenden Fehlbildungen des Kindes. Faktisch werden also in Polen zukünftig fast keine Abtreibungen mehr stattfinden dürfen. Das Verfassungsgerichtsurteil in Polen bedeutet de facto ein vollständiges Abtreibungsverbot in Polen und die Einführung eines der strengsten Anti-Abtreibungsgesetze der Welt.

Dieses Gesetz ist das Ergebnis einer zunehmenden Anzahl rechtsextremer Richter und Richterinnen an polnischen Gerichten und dem Verfassungsgericht. Die zwei Verfassungsrichterin Julia Przyłębska und Krystyna Pawłowicz sind bekannt für ihre Verbindungen zur Rechten sowie für sexistische und homophobe Äußerungen. Przyłębska ist mit der rechten und antisemitischen Wochenzeitung "W SIECI" verbunden. Pawłowicz ist bekannt dafür Homosexuelle "sexuell gestört, nur krank" zu nennen. Aber auch liberal-konservative Männer beeinflussten das Anti-Abtreibungsrecht. In 1997 und 2008 haben die Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Andrzej Zoll und Andrzej Rzepliński, die Grundrechte von Frauen in Polen eingeschränkt.

Dank ihnen wurde die Abtreibung aus sozialen Gründen verboten und eine Bestimmung eingeführt, nach der ein Arzt aufgrund seiner Überzeugung die Durchführung einer Abtreibung verweigern kann und keinen Arzt angeben muss, der das Verfahren durchführen wird.

Die einzige Möglichkeit in Polen legal abzutreiben soll nach dem Urteil noch gegeben sein, wenn das Leben der Mutter akut in Gefahr ist oder sie vergewaltigt wurde. Doch auch dafür gibt es große Hürden. Um eine Vergewaltigung anzuzeigen, müssen sich die Frauen bei der Polizei melden. Frauen in Polizeistationen sind allerdings Sexis-

mus ausgesetzt. Dazu gehören oft Fragen zur eigenen Schuld – durch „aufreizende“ Kleidung, einladendes Verhalten oder aber grundsätzliche Geringschätzung der Aussagen. Bei der deutschen Polizei gibt es ähnliche Probleme, immer wieder werden in den letzten Monaten faschistische, rassistische und frauenfeindliche Strukturen aufgedeckt.

Aufgrund dieser so eingeschränkten Möglichkeiten für einen legalen Schwangerschaftsabbruch gibt es mehrere der Betroffenen die jetzt Hilfe im Ausland suchen oder Abtreibungen zu Hause mit Hilfe von Abtreibungsaktivisten (z. B. Frauen im Internet, Aborcynjny Dream Team) und Mifepriston- und Misoprostol-Tabletten durchzuführen. Die aktuellen Reaktionen in Polen folgten auf den Fuß und überaus offensiv. Protagonist*innen sind der Frauenstreik, das Aborcynjny Dream Team, das queere und antifaschistische Kollektiv Stop Bzdurum und viele weitere Initiativen. Am späten Donnerstagabend des 22. Oktober, dem Tag des Urteilsspruchs, startete eine spontane Demo vor dem Verfassungsgericht. Das Ziel war das Hauptquartier der PiS-Partei und dann die Villa von Jarosław Kaczyński dem Vorsitzenden und grauen Eminenz der regierenden PiS-Partei. Journalist*innen, Aktivist*innen und linke Politiker*innen berichteten von einer unglaublichen Anzahl von Polizisten. Die Polizei setzte auch Tränengas gegen Demonstrant*innen ein. In den folgenden Tagen fanden die größten Demonstrationen seit 1989 in Polen statt. Schon 1993 hatte es Massenproteste von Frauen gegeben, als Abtreibungen massiv eingeschränkt wurden. Als 2016 Abtreibungen komplett kriminalisiert werden sollten, begann der Frauenstreik und der sogenannte „Czarny Protest“, (Schwarzer Protest). Die Proteste, die Ende Oktober in Polen stattfanden, waren der Höhepunkt der Wut gegen der Demütigungen, die die Frauen in Polen in den letzten 30 Jahren ausgesetzt waren. Es gab Proteste vor Kirchen und in Kirchen, Straßenblockaden (Bauern, Taxifahrer, Straßenbahnfahrer und Busfahrer

schlossen sich dem Streik an) unter dem Motto "WYPIERDALAĆ" (ein scharfes „Hau ab“). Am Mittwoch, dem 28. Oktober 2020 gingen die Frauen nicht zur Arbeit. Die Proteste betrafen insgesamt 450 Städte! In der 40.000 Einwohnerstadt Szczecin (nicht zu verwechseln mit Stettin!) erschien ein Priester beim Protest. Die Demonstrant*innen reagierten mit Sprüchen wie „Niemand will dich hier“ und „geh zurück in die Kirche“. Das Video verbreitete sich im Internet und war nur eine von Tausenden mutigen Reaktionen junger Frauen auf das neue Gesetz. Jarosław Kaczyński forderte in seiner Botschaft an die Nation die Verteidigung der Kirchen, was der Organisation faschistischer Milizen Vorschub leistete.

Ein „Abtreibungs-Coming-out“ im Zentrum von Warschau, bei dem Frauen, Lesben, Queers öffentlich über ihre Abtreibungen sprachen, wurde von Rechten mit Reizgas und Böllern attackiert.

Am 28.10.2020 wurde in Leipzig Solidarität mit den Protesten in Polen gezeigt. Unter dem Motto "Abtreibung ohne Grenzen" vor dem Sitz des polnischen Instituts in Leipzig kamen fast 500 Menschen zusammen, um Solidarität mit der Pro-Choice-Bewegung in Polen zu zeigen, viele unter ihnen eingewanderte Pol*innen. Es gab Slogans wie "JEBAC PiS" (FUCK PiS) oder "Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat". Zu den Forderungen des Frauenstreiks gehören das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung zur Abtreibung, sexuelle Aufklärung, Rückzug der Kirche aus der Schule, Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen, rechtlicher Schutz von LGBT-Personen und das Ende der rechtskonservativen PiS-Regierung in Polen. Nach dem Vorbild von Belarus wurde ein beratender Rat eingerichtet.

① Die polnische Pro-Choice-Bewegung braucht Unterstützung und Spenden:
Strajk Kobiet: strajkkobiet.eu
Aborcynjny Dream Team:
aborcvindreamteam.pl

Der lange Schatten der SED

Elisabeth Hennig Die DDR und die Wendezeit in der kritischen linken Aufarbeitung

Wer kennt die Situation am Wahlstand nicht? „Stasi-Partei“, „Die SED wähle ich nicht!“ sind noch die harmloseren Bemerkungen, die wir zu hören bekommen. Gerade jüngere Genoss*innen wissen oft wenig darüber, wie der parteiinterne Aufarbeitungsprozess von statten ging, wie der Wandel von der SED zur PDS verlief und in wie fern einige Vorwürfe mangelhafter Aufarbeitung nicht gerecht erscheinen. Wie geht DIE LINKE mit ihrer eigenen Vergangenheit um? Wie blickt sie heute auf die DDR?

Diese Fragen waren Anlass für eine Veranstaltungsreihe des linXXnet und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Unter dem Titel „Der lange Schatten der SED – Die DDR und die Wendezeit in der kritischen linken Aufarbeitung“ fanden bisher zwei Veranstaltungen statt: „Linke Opposition in der DDR“ mit Titus Hopp und Gesine Oltmanns und ein Erzählcafé zum Transformationsprozess der Partei von der SED, zur PDS und zur LINKEN mit Michael und Ilse Lauter. Auf beiden Veranstaltungen wurde der Wunsch geäußert, dieses Thema weiter zu bearbeiten, so geschehen beispielsweise in einer Diskussionsrunde des SBV Südwest im INTERIM. Ziel dabei war es, vor allem zwischen jüngeren und älteren Genoss*innen in einen Austausch zu kommen, Erfahrungen und Perspektiven zu teilen.

Deutlich wurde: Was an Aufarbeitung bisher passierte, ist kaum an der Basis angekommen. Es gibt zu wenig Wissen und Austausch über die Vergangenheit. Insbesondere Neumitglieder wissen oft gar nicht, inwiefern sich DIE LINKE mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt hat – dementsprechend

fehlen auch die Argumente am Wahlstand, wenn man mit dahingehenden Vorwürfen konfrontiert wird. Und es ist nicht nur die eigene Basis, die den Prozess nicht mit bekommen hat, es ist auch die Öffentlichkeit, die teilweise der LINKEN immer noch vorwirft, sich nicht ausreichend vom Unrecht, welches im Namen der SED verübt wurde, zu distanzieren. Es braucht also nicht nur ein erneutes Signal der Verantwortungsübernahme der Parteispitze für die Öffentlichkeit, sondern auch ein Wissenstransfer an die Basis. Denn Aufarbeitung ist ein fortlaufender Prozess, der immer wieder Erneuerung bedarf. Gerade auch, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Perspektiven aufnehmen zu können. Sich selbstbewusst mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, dass die Basis die Abkehr vom Stalinismus gefordert und den Wandel vollzogen hat, um die Partei zu retten, ist etwas, auf das wir stolz sein können!

Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die meinen, das DDR-Unrecht wurde schon ausreichend behandelt oder gar „die Anderen“ würden das doch zu Genüge betonen, wir sollten uns allein auf die Errungenschaften dieses Sozialismusversuchs konzentrieren. Diesen Stimmen kann aus den Diskussionen entgegnet werden: Gerade wir als LINKE müssen uns mit den Fehlern ehrlich auseinandersetzen, um daraus für die Zukunft zu lernen. Um ehrlich und selbstbewusst sagen zu können: wir stehen für einen neuen Sozialismus – demokratisch, ökologisch und feministisch.



Bild: Andreas Fickl via Pixels

Bei Regen und guten Gesprächen

Klaudia Naceur Bundestagsabgeordneter Sören Pellmann tourt durch den Herbst

Mittlerweile ist es beinahe ein gewohnter Anblick geworden: Auf markanten und gut frequentierten Plätzen unserer Stadt steht in regelmäßigen Abständen die Theke mit dem Konterfei unseres Leipziger Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat, Sören Pellmann. Seine Mitarbeiter*innen verteilen Informationsmaterial und das ein oder andere nette Präsent, beantworten Fragen oder nehmen Anregungen auf.

In seinen parlamentarischen Pausen steht Sören dann leibhaftig hinter seinem eigenen Abbild, wird erkannt und gern auch von interessierten Bürgerinnen und Bürgern „in Beschlag genommen“ – so auch auf seiner zweiwöchigen Herbsttour im Oktober mit 18 Infoständen durch die südlichen Stadtteile. Während der gut sichtbar rote LINKE-Schirm im Sommer noch vor der Sonne schützte, musste er nun einigen Regen abhalten, den

Gesprächen, die der Kommunal- und Bundespolitiker an seinem Stand führte, tat dies jedoch keinen Abbruch.

Natürlich war „Corona“ ein viel bemühtes Thema, aber auch die schlechten Verkehrsanbindungen im ländlichen Raum, Friedens-, Gesundheits- und Rentenpolitik, die Wohnungsmarktsituation in Leipzig, Ordnung, Sicherheit und noch viele Dinge mehr, die seinen Gesprächspartner*innen auf den Nägeln brannten. Manche wollten aber auch nur einfach ihre Sympathien bekunden. „Solche Begegnungen sind mir sehr wichtig“, betont Sören. „Schließlich machen wir Politik nicht für uns, sondern für die Menschen in diesem Land und in dieser Stadt.“ Erfreut zeigte er sich darüber, dass dieses Kommunikationsangebot so rege angenommen wird und möchte, so es die pandemische Lage erlaubt, auch weiterhin an diesem Format der Bürger*innenbegegnung festhalten.



Bild: Oliver Gebhardt



Bilder von: Kai Kamneth, Kai Kamneth, Kai Kamneth



3 Bilder über Veränderung

Bild links oben: Auch wenn wir wegen Corona noch keine DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl haben, bereiten wir uns bereits pedalweise darauf vor. Nun besitzen wir im Stadtverband drei Lastenräder, welche nur darauf warten nachhaltig für eine starke LINKE in Leipzig unterwegs zu sein.

Bild rechts oben: Nach über 30 Jahren Tätigkeit für unsere Partei haben wir offiziell Steffi in den (Un-)Ruhestand verabschiedet. Damit ihr das Liebknecht-Haus auch weiterhin im Magen liegt, gabs ne L-Haus Tor-te obendrauf, welche im Anschluss gemeinsam verputzt wurde.

Bild rechts unten: Mit dem Umzug ins Erdgeschoss ist unsere Geschäftsstelle auch gewachsen. Wir haben nun ein Open Office (mit Computer, Telefon, Drucker, schnellem Internet...), welches von allen GenossInnen für ihre politische Arbeit genutzt werden kann. Status betriebsbereit und weiter im Ausbau. Terminabstimmung zur Nutzung über die Geschäftsstelle.



Proletarier_Innen des Uniklinikums Leipzig vereinigt euch!

Christian Schäfer ... und dann natürlich aller Länder!

Nun geht es endlich los! Noch sind wir am Anfang, doch unser Ziel ist eine kontinuierlich arbeitende gewerkschaftliche Betriebsstruktur im Uniklinikum Leipzig. Was heißt das? Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, müssen sich die Beschäftigten vernetzen, organisieren und gemeinsam kämpfen. Dazu dient eine Betriebsgruppe. Mein Name ist Christian Schäfer und bin als Gesundheits- und Krankenpfleger seit Anfang des



Jahres im Uniklinikum Leipzig beschäftigt. Wir haben nun den Stein ins Rollen gebracht und wollen uns als Beschäftigte im Uniklinikum vernetzen und austauschen. Wenn du liebe Genossin oder Genosse auch im Uniklinikum beschäftigt bist oder Leute kennst, welche dort arbeiten, dann würde ich mich freuen, wenn ihr euch bei mir meldet. Bitte schreibt mir eine E-Mail oder gebt meinen Kontakt weiter: christian-schaefer@posteo.de

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Verteilaktion:** Vom Parteivorstand der LINKEN ist für das Jahresende eine bundesweite Verteilaktion geplant. Dabei soll eine Massenzeitung unter dem Titel „DIE LINKE“ in den Briefkästen landen. Thematischer Schwerpunkt der Zeitung sind die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. Fragen für DIE LINKE sind dabei: Wer zahlt für die Krise? Stehen wir vor verschärften Verteilungskämpfen? Wie sehen LINKE Lösungen aus? Die Zeitungen werden ab Mitte November an die Kreisverbände ausgeliefert. Die Leipziger LINKE wird davon 50.000 Stück erhalten und gemeinsam stadtweit verteilen. Macht mir.
- **Corona:** Aktuell bleibt die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus geöffnet. Wir sind dort am: Mo. & Mi. von 8 – 15 Uhr, Di. und Do. von 8 – 18 Uhr und Fr. von 8-13 Uhr telefonisch und vor Ort für euch zu erreichen.

Doppelausgabe Dez./Jan.: Die nächste Ausgabe des Mitteilungsblattes wird eine Doppelausgabe für Dezember 2020 und Januar 2021. Der Redaktionsschluss dafür ist bereits der 30. November 2020. Bitte bei den Terminhinweisen und anderen Texten zuarbeiten beachten: Das übernächste Heft erscheint dann erst Mitte Februar 2021.

Erreichbarkeit Wahlkreisbüros Pellmann:

Wahlkreisbüro Grünau:
Stuttgarter Allee 18, 04209 Leipzig
Fon: +49 (341) 231 84 40
Fax: +49 (341) 231 84 44
Mail: soeren.pellmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Süd:
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: +49 (341) 9454 99 96
Mail: soeren.pellmann@bundestag.de

Ausschreibung

Für die Organisation der Bundestagswahlen 2021 in Leipzig stellt der Stadtverband von DIE LINKE. Leipzig **eine Wahlkampfkoordinatorin/ einen Wahlkampfkoordinator**

auf Honorarbasis für die Zeit vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Oktober 2021 ein.

Erwartet werden:

- Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE
- Organisations- und Leitungserfahrungen
- Erstellung von logisch strukturierten Arbeitsabläufen (Tagesordnung, Rechnungen, Telefonate)
- Kenntnisse der Strukturen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig
- Kenntnisse der Parteistrukturen auf Landes- und Bundesebene
- selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit
- Flexibilität des Zeitfonds
- gute EDV-Kenntnisse

Aussagefähige Bewerbungsunterlagen erwarten wir bis zum 5. Dezember 2020 per Post an:
Stadtverband DIE LINKE. Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
bzw. per Mail an:
kay.kamieth@dielinke-leipzig.de

Moria 2.0 - Der Ausnahmezustand darf nicht zur Regel werden

Der EU-Türkei-Deal steht für ein System der Migrationsverhinderung. Mit den so genannten EU-Hotspots wurde in Griechenland ein System etabliert, welches zu keinem Zeitpunkt im Einklang mit EU- und Menschenrechten stand. Mit dem Brand in Moria auf Lesbos hat diese Katastrophe seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Das nunmehr als Ersatzlager fungierende Kara Tepe auf Lesbos wird unter noch schlimmeren Bedingungen betrieben. Auch wenn sich allein in Deutschland 203 Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern bereit erklärt haben, verhindert die Bundesregierung derartige Hilfsangebote und verweist auf europäische Lösungsansätze. Juliane Nagel (DIE LINKE), Clara Bünger (Juristin/Equal Rights Beyond Borders), die Seebrücke [angefragt] und eine Aktivistin vor Ort diskutieren, welche Lösungen von europäischer Seite zu erwarten sind und was „sichere Häfen“ und zivilgesellschaftliche Akteure tun können, um die Situation für die Menschen vor Ort zu verbessern.

Do., 26. November, 19:00 Uhr, Online
Link zur Veranstaltung:
<https://bbb.linxx.net/b/ell-uho-rwk-hx6>

Keine mehr! - Gewalt gegen Frauen stoppen!

Die AG Lisa der Partei DIE LINKE Leipzig lädt zur Onlinediskussion „Keine mehr! - Gewalt gegen Frauen stoppen!“ ein.

Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sprechen wir über die aktuelle Situation sowie die strukturellen Hintergründe der Gewalt. Diskutieren wir die Perspektiven einer gewaltfreien, emanzipierten Gesellschaft!

Gäste: Koschka Linkerhand, die Gruppe „Keine mehr!“, Beate Ehms (Vorsitzende d. Leipziger Gleichstellungsbeirats, Stadträtin) angefragt: Susanne Hampe (Verein gegen sexualisierte Gewalt), Lynn Huber (Frauen für Frauene.V.)

Fr. 27. November, 18:00 Uhr
Hinweise zur Veranstaltung findet ihr unter die www.dielinke-leipzig.de

Impressum

Herausgeberin:
Stadtverband DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@dielinke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Corona, Klima, Wohnungsnot – Linke Kommunalpolitik im Krisenmodus - LINKER Kommunalkongress 2020

Der BAG-Sprecherrat der BAG Kommunalpolitik hat beschlossen, auf Grund der unsicheren Corona-Lage in diesem Jahr von einer Präsenzveranstaltung für unsere jährliche Kommunalpolitische Konferenz abzusehen. Gleichzeitig wird als Ersatz ein digitales Format in Aussicht gestellt.

Dieses wollen wir nun unter dem Titel »Corona, Klima, Wohnungsnot: Linke Kommunalpolitik im Krisenmodus« am 28. November 2020 stattfinden lassen. Da uns eine Beteiligung mit Wortbeiträgen in der Kürze der Zeit nicht praktikabel erscheint, haben wir uns dazu entschlossen stattdessen eine hochkarätig besetzte Runde (u.a. Katja Wolf, Kerstin Kassner, Tobias Bank) diskutieren zu lassen.

Fragen und Statements sollen die Diskussionsgrundlage bilden. Dafür schickt diese bitte bis spätestens 5. November 2020 unter dem Stichwort »Politik im Krisenmodus« an [bag.kommunalpolitik@die-linke.de](mailto:kommunalpolitik@die-linke.de), damit wir sie noch entsprechend aufbereiten und die Diskussion vorbereiten können.

Sa. 28. November 2020, Zugangsdaten per Mail nach Anmeldung unter bag.kommunalpolitik@die-linke.de

Kampagnen-Seminar Bundesverband

Wie bereits 2020 will DIE LINKE auch 2021 mit einem Kampagnen-Seminar starten. Am Freitag, den 22. Januar 2021 veranstalten der Bereich Kampagnen / Parteientwicklung das jährliche Kampagnen-Seminar: »Ein Tag, vollgepackt mit Vorträgen und Inputs rund um das Thema Kampagnen & Campaigning. Ob offline oder online, für alle ist etwas dabei.

Notiert euch bitte den 22. Januar schon mal in eurem Terminkalender. Eine offizielle Einladung mit Programm erhaltet ihr rechtzeitig. Bis dahin freue ich mich auf eure Ideen und Anregungen.«

Fr. 22. Januar 2021, 10 - 18 Uhr,
Willi Münzenberg Saal, FMP1,
Franz-Mehring Platz, Berlin.

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.
Gestaltung: Tilman Loos
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 30.11., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.